

MERKBLATT

Einstellung in den juristischen Vorbereitungsdienst des Landes Niedersachsen

1. Einstellungstermine

In den juristischen Vorbereitungsdienst wird in Niedersachsen zum 01.03., 01.06., 01.09. und 01.12. eines jeden Jahres eingestellt.

2. Einstellungsbehörden

Einstellungsbehörden sind die Oberlandesgerichte Braunschweig, Celle und Oldenburg. Sie nehmen die Zulassung und Auswahl der Bewerberinnen und Bewerber in voneinander unabhängigen Verfahren vor.

3a. Einstellungsantrag (ausschließlich und nur für Bewerbungen an die OLG'e Braunschweig und Oldenburg)

Richten Sie Ihren Antrag auf Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst unter Verwendung des anliegenden Vordrucks nach Wahl an das

OLG Braunschweig
Postfach 36 27
38026 Braunschweig

www.oberlandesgericht-braunschweig.niedersachsen.de

OLG Oldenburg
Postfach 24 51
26014 Oldenburg

www.olg-oldenburg.de

Dem Antrag sind die in dem Vordruck aufgeführten Unterlagen beizufügen.

3b. Einstellungsantrag online (ausschließlich und nur für Bewerbungen an das OLG Celle)

Richten Sie Ihren Antrag auf Zulassung unter Verwendung der auf der Homepage des OLG Celle www.oberlandesgericht-celle.niedersachsen.de unter dem Pfad „Informationen“, „Berufe/Ausbildung“, „Informationen für Bewerber und Referendare“, „Bewerbungsverfahren zum Referendariat“, „Online-Bewerbung“ zu öffnenden Eingabemaske an das Oberlandesgericht Celle. Drucken Sie nach Eingangsbestätigung der online abgegebenen Bewerbung das Formular „Ergänzende Erklärungen/Anlagen“ aus und übersenden Sie es mit den erforderlichen Anlagen mit Datum und Unterschrift versehen per Post an das

Oberlandesgericht Celle
Postfach 1102
29201 Celle

zu 3a) und 3b)

Im Einstellungsantrag können Sie angeben, welchem Gericht Sie im ersten Ausbildungsabschnitt zugeteilt werden möchten. Zuweisungswünsche werden entsprechend den von den Oberlandesgerichten aufgestellten Grundsätzen berücksichtigt. Ein Anspruch, einem bestimmten Gericht zur Ausbildung zugewiesen zu werden, besteht nicht. Wegen der großen Zahl der Bewerberinnen und Bewerber einerseits und der an den einzelnen Gerichten begrenzten Anzahl der Ausbildungsplätze andererseits ist es empfehlenswert, weitere Gerichte alternativ als Ausbildungsstellen anzugeben.

4. Bewerbungsfrist

Bewerbungen dürfen frühestens fünf und müssen spätestens zwei Monate vor dem jeweiligen Einstellungstermin mit den erforderlichen Unterlagen eingegangen sein. Nicht fristgemäße Bewerbungen und solche, denen nicht mindestens der Lebenslauf, eine beglaubigte Abschrift des Zeugnisses über das Bestehen der ersten juristischen Staatsprüfung bzw. der ersten Prüfung sowie eine Erklärung über die Staatsangehörigkeit beigelegt sind, werden zurückgewiesen.

5. Einstellung und Auswahlverfahren

Die Einstellung erfolgt, soweit ausreichend Stellen und Mittel zur Verfügung stehen.

Übersteigt die Zahl der Bewerberinnen und Bewerber die Zahl der dem Oberlandesgericht zur Verfügung stehenden freien Stellen, so richtet sich die Auswahl nach § 119 des Niedersächsischen Beamtengesetzes vom 25. März 2009 (Nds. GVBl. S. 72) in Verbindung mit der noch gültigen ZulVV-Jur vom 24. August 1999 (Nds. GVBl. S. 329) i.d.F. vom 25. September 2003 (Nds. GVBl. S. 355).

Wartepunkte i.S.d. ZulVV-Jur sind landesweit gültig. Wird ein Ausbildungsplatzangebot nicht angenommen, verfallen bis dahin erworbene Wartepunkte. Bei Mehrfachbewerbungen in Niedersachsen führt die Ablehnung des Angebotes eines OLG dazu, dass zum folgenden Einstellungstermin auch die bei den anderen Oberlandesgerichten erworbenen Wartepunkte verfallen sind.

6. Vorbereitungsdienst

Der juristische Vorbereitungsdienst und das sich anschließende Prüfungsverfahren sind in dem Niedersächsischen Gesetz zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen (NJAG) in der Fassung vom 15.01.2004 (Nds.GVBL. S. 7) zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 27.08.2009 (Nds. GVBl. S. 348) und der Verordnung zum Niedersächsischen Gesetz zur Ausbildung der Juristinnen und Juristen (NJAVO) vom 02.11.1993 (Nds. GVBl. S. 561) zuletzt geändert durch Verordnung vom 11.09.2009 (Nds. GVBl. S. 354) geregelt.

Der Vorbereitungsdienst dauert 2 Jahre und wird in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis absolviert. Weitere Informationen über seinen Inhalt und Ablauf enthält die Broschüre „Der juristische Vorbereitungsdienst in Niedersachsen“, die als PDF-Datei auf der Homepage des Justizministeriums www.justizportal.niedersachsen.de unter dem Pfad „Wir über uns“, „Berufe in der Justiz“, „Juristenausbildung“ zu finden ist.

**An das
Oberlandesgericht
() Braunschweig
Celle (siehe Merkblatt: Einstellungsantrag online)
() Oldenburg**

Ich beantrage die Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst zum _____

Name, Vorname(n): _____

Geb.Datum: _____ Geb.Ort: _____

Familienstand: _____ Anzahl der Kinder : _____

=====

Lebensmittelpunkt in: _____ seit: _____
(Postanschrift mit PLZ)

Straße: _____ eig. Tel.Nr.: _____

E-Mail-Anschrift: _____

Ggf. weitere Tel.Nr. z. B. Eltern: _____ Handy: _____

Art der Wohnung: selbst eingerichtete Mietwohnung mit ____ Zimmer (n) / Eigentum
 elterliche Wohnung
 möbliertes Zimmer / möblierte Wohnung

=====

POSTANSCHRIFT für den Schriftverkehr: _____

(Bitte teilen Sie Anschriftenänderungen pp. im Laufe des Bewerbungsverfahrens immer umgehend mit.)

Tel.Nr.: _____

Telefax-Nr.: _____

=====

Grundwehrdienst Zeitsoldat Zivildienst soziales Jahr

ökologisches Jahr Tätigkeit als Entwicklungshelfer/-in

vom ____ . ____ . ____ bis ____ . ____ . ____

=====

	Monat/Jahr	Monat/Jahr	
Studium der Rechtswissen- schaften:	vom _____	bis _____	UNI _____
	vom _____	bis _____	UNI _____
	vom _____	bis _____	UNI _____

(bitte auch in den Zeitraum fallende Auslandssemester benennen)

Erste jur. Staatsprüfung/ erste Prüfung abgelegt am _____.____.____ Ergebnis :_____

bei dem Justizprüfungsamt (genaue Anschrift): _____

Prüfungsaktenzeichen: _____

(Sofern es sich um einen Verbesserungsversuch gehandelt hat, geben Sie bitte auch Datum und Ergebnis der ersten bestandenen Staatsprüfung bzw. Prüfung an)

=====

Gesundheitliche Behinderungen:

Grad der Behinderung: _____ % (Ablichtung des Ausweises ist beizufügen)

=====

Zuweisungswunsch (Land-/Amtsgericht; Ausbildungsorte in der gewünschten Reihenfolge angeben)

BEGRÜNDUNG:

I. **Erklärungen** (Angaben zu 1. bis 5. sind erforderlich, dabei bitte Unzutreffendes streichen bzw.

Zutreffendes ankreuzen!):

1. Ich bin im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit
 Ich bin im Besitz folgender Staatsangehörigkeit: _____
2. Ich befinde mich derzeit nicht im juristischen Vorbereitungsdienst und habe ihn auch noch nicht - auch nicht teilweise - absolviert
 anderenfalls nähere Angaben:
3. Ich habe ebenfalls die Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst bei dem Oberlandesgericht
 _____ (zum _____)
 _____ (zum _____) beantragt.
- Für den Fall, dass ich mich um die Zulassung in weiteren Bezirken bewerben sollte, oder für den Fall, dass ich anderweitig eingestellt werde, werde ich dies unverzüglich mitteilen.
4. Bisher habe ich mich in Niedersachsen bei dem Oberlandesgericht
 _____ beworben.
- Ich habe dort zwischenzeitlich _____ Wartepunkte erworben.
 Kopie des Schreibens, mit dem diese bestätigt worden sind, füge ich bei.
- Ich habe noch keine Wartepunkte erworben.
 Kopie des Schreibens, mit dem meine Bewerbung abgelehnt worden ist, füge ich bei.
5. a) Ein gerichtliches Strafverfahren oder ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft ist gegen mich
- nicht anhängig.
- anhängig wegen _____
 bei _____ (AZ: _____)
- b) Ein -abgeschlossenes- Strafverfahren ist gegen mich
- nicht anhängig gewesen
- anhängig gewesen wegen _____
 bei _____ (AZ: _____)

(Eingestellte Ermittlungsverfahren sind anzugeben; nach § 170 Abs. 2 StPO eingestellte Verfahren aber nur, wenn sie wegen Schuldunfähigkeit oder wegen eines Verfahrenshindernisses eingestellt worden sind. Strafverfahren, die im Bundeszentralregister bereits getilgt oder tilgungsreif sind, müssen nicht aufgeführt werden.)

II. Folgende **Unterlagen** füge ich bei (Zutreffendes ankreuzen):

1. einen Lebenslauf (mit Datum und eigenhändiger Unterschrift)

eine beglaubigte Ablichtung bzw. eine Ausfertigung:

2. des Zeugnisses über das Bestehen der ersten juristischen Staatsprüfung bzw. das Bestehen der ersten Prüfung

eine beglaubigte Ablichtung bzw. eine Ausfertigung oder einen beglaubigten Registerausdruck nach § 55 Abs. 1 Nr. 1 PStG - sowie eine einfache Kopie -:

3. meiner Geburtsurkunde,

4. des Auszuges aus dem Familienbuch bzw. der Eheurkunde (immer erforderlich bei verheirateten Bewerberinnen und Bewerbern),

5. der Lebenspartnerschaftsurkunde (immer erforderlich bei Bewerberinnen und Bewerbern, die in einer eingetragenen Lebenspartnerschaft leben),

6. der Geburtsurkunden meiner Kinder,

Die Unterlagen zu Nummer _____ reiche ich nach.

Hinweis: Sie werden vom Oberlandesgericht zu gegebener Zeit gebeten werden, ein Behördenführungszeugnis (Belegart 0) zu beantragen.

Ich versichere hiermit die Richtigkeit der in diesem Gesuch gemachten Angaben. Mir ist bekannt, dass die Zulassung zum juristischen Vorbereitungsdienst zurückgenommen werden kann, wenn sie durch arglistige Täuschung herbeigeführt wurde. Ich verpflichte mich, Veränderungen zu den gemachten Angaben, die sich im Laufe des Bewerbungsverfahrens ergeben, unverzüglich mitzuteilen.

_____, den _____

(Unterschrift - Vor- und Zuname)